No. 50629*

Brazil
and
Germany

Agreement between the Government of the Federative Republic of Brazil and the Government of the Federal Republic of Germany on partnership and co-operation in the field of public safety. Brasilia, 6 November 2008

Entry into force: *29 January 2010, in accordance with article 10*

Authentic texts: *German and Portuguese*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Brazil, 15 April 2013*

No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.

Brésil
et
Allemagne

Accord entre le Gouvernement de la République fédérative du Brésil et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur le partenariat et la coopération dans le domaine de la sécurité publique. Brasilia, 6 novembre 2008

Entrée en vigueur : *29 janvier 2010, conformément à l'article 10*

Textes authentiques : *allemand et portugais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Brésil, 15 avril 2013*

Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes réproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Föderativen Republik Brasilien

über Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Föderativen Republik Brasilien,
im Folgenden "Vertragsparteien" genannt -

bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien weiter zu festigen und zu entwickeln sowie den sozialen Wohlstand und die öffentliche Sicherheit in beiden Staaten zu fördern,

geleitet von dem Ziel, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet vor der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und anderen Formen von Kriminalität zu schützen,

überzeugt von der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität,

bestrebt, die Wirksamkeit der operationalen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit ihrer für die öffentliche Sicherheit zuständigen Stellen zu erhöhen,

geleitet von den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Nutzens,

unter Beachtung der geltenden völkerrechtlichen Vereinbarungen, d.h. des Einheits-Übereinkommens über Suchtstoffe vom 30. März 1961, des Übereinkommens der Vereinten Nationen über psychotrope Stoffe von 1971, des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen vom 20. Dezember 1988, des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Übereinkommens von Palermo) vom 15. November 2000 und der entsprechenden Zusatzprotokolle, des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (Übereinkommen von Merida) vom 31. Oktober 2003 -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand dieses Abkommens ist die Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung entsprechender technischer und operationaler Projekte sowie den Bereich der Kriminalitätsbekämpfung.

Artikel 2

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens benennen die Vertragsparteien als durchführende Stellen in deren Zuständigkeitsbereich auf deutscher Seite das Bundesministerium des Innern und auf brasilianischer Seite das Ministerium der Justiz.

(2) Die Vertragsparteien notifizieren einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 3

(1) Im projektbezogenen Bereich streben die Vertragsparteien eine enge technische und operationale Zusammenarbeit hinsichtlich der Modernisierung der brasilianischen Institutionen der öffentlichen Sicherheit und der Bekämpfung der Kriminalität an.

(2) Die Durchführungsmodalitäten von Projekten werden durch besondere, auf diplomatischem Weg ausgehandelte Abkommen oder Zusatzvereinbarungen durch die Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 4

(1) Bei der Vorbeugung und Bekämpfung grenzüberschreitender Straftaten arbeiten die Vertragsparteien nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zusammen und werden insbesondere

i. Informationen über derartige Straftaten, Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen, Arbeits- und Handlungsmethoden, Umstände der Straftaten sowie über die verletzten gesetzlichen Vorschriften und die getroffenen Maßnahmen austauschen, soweit dies für die Vorbeugung und Bekämpfung dieser Straftaten erforderlich ist;

ii. auf Ersuchen einer Vertragspartei und mit Zustimmung der ersuchten Vertragspartei polizeiliche Maßnahmen durchführen, die in ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung vorgesehen sind;

iii. gemeinsame Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Bekämpfung des illegalen Konsums, der illegalen Herstellung und des illegalen Verkehrs mit Betäubungsmitteln und der Zweckentfremdung von chemischen Vorläuferstoffen ergreifen;

iv. Erfahrungen hinsichtlich der Überwachung und Überprüfung des unerlaubten Gebrauchs von überwachten Stoffen sowie bezüglich der Herstellung, des Transports und der Kommerzialisierung von chemischen Vorläuferstoffen von Betäubungsmitteln austauschen;

v. soweit notwendig und angemessen, polizeiliche Verbindungsbüros einrichten;

vi. einander Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für deren Begehung verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;

vii. nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Austausch von Fachkenntnissen über Mittel, Methoden und moderne Techniken der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität entsenden;

viii. Informationen über die Ergebnisse von Untersuchungen in den Bereichen Kriminalistik und Kriminologie sowie über Ermittlungspraktiken, Methoden und Mittel zur Vorbeugung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität austauschen;

ix. gemeinsame Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung des illegalen Handels mit Waffen, Munition sowie Zubehörteilen und Sprengkörpern treffen;

x. gemeinsame Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Straftaten wider die Menschenrechte treffen, vor allem, in Bezug auf Menschenhandel, Folter, Rassismus, Sklavenarbeit, Verbreitung pädophilen Materials im Internet, Kinderprostitution und Sextourismus.

(2) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung bestehender und künftiger bilateraler Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien über Fragen der Auslieferung und der gegenseitigen Rechtshilfe.

(3) Die Anwendung dieses Abkommens auf derartige Fragen kann durch Zusatzvereinbarungen ermöglicht werden, die auf diplomatischem Weg auszuhandeln sind.

Artikel 5

Bei Bedarf werden die Vertragsparteien zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens Konsultationen durchführen. Die Konsultationen werden auf diplomatischem Weg vorgeschlagen. Sie dienen der Ausarbeitung von Programmen und Arbeitsplänen, der Feststellung eventueller Schwierigkeiten beim guten Fortgang der Zusammenarbeit sowie der Untersuchung der Zweckmäßigkeit der Ergänzung oder Änderung dieses Abkommens. Hierzu können die Vertragsparteien Arbeitsgruppen einrichten.

Artikel 6

(1) Ist eine Vertragspartei bei Eingang eines im Rahmen dieses Abkommens formulierten Ersuchens der Ansicht, dass dessen Annahme der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder anderen wesentlichen Interessen des Landes widerspricht, so kann sie die Erfüllung des Ersuchens ganz oder teilweise verweigern oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Im Falle der Ablehnung teilt die ersuchte Vertragspartei der ersuchenden Vertragspartei die Gründe nach Maßgabe der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften schriftlich mit.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen betrifft nicht den Austausch personenbezogener Daten.

(2) Jede Vertragspartei sichert der anderen Vertragspartei die vertrauliche Behandlung der Informationen zu, die die andere Vertragspartei nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung als vertraulich ansieht.

(3) Die von einer Vertragspartei an die andere Vertragspartei übermittelten Muster und technischen Informationen dürfen nicht ohne die Zustimmung der Vertragspartei, die sie geliefert hat, an ein drittes Land weitergeleitet werden.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, portugiesischen oder englischen Sprache.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die Rechte oder Verpflichtungen aufgrund zweiseitiger oder mehrseitiger Vereinbarungen, die die Vertragsparteien abgeschlossen haben, nicht berührt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt 30 (dreißig) Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien auf diplomatischem Weg notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei durch diplomatische Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird drei Monate nach dem Tag des Eingangs der entsprechenden Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Brasilia, am 6. November 2008, in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FÜR DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	FÜR DIE REGIERUNG DER FÖDERATIVEN REPUBLIK BRASILIEN
Prot von Kunow Botschafter	Tarso Genro Justizminister

[PORTUGUESE TEXT – TEXTE PORTUGAIS]

ACORDO ENTRE O GOVERNO DA REPÚBLICA FEDERATIVA DO BRASIL E O GOVERNO DA REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA SOBRE PARCERIA E COOPERAÇÃO EM MATÉRIA DE SEGURANÇA PÚBLICA

O Governo da República Federativa do Brasil

e

O Governo da República Federal da Alemanha
(doravante denominadas "Partes Contratantes"),

Desejando fortalecer e aprofundar cada vez mais a cooperação entre a República Federativa do Brasil e a República Federal da Alemanha, assim como promover o bem-estar social e a segurança pública em ambos os Estados;

Guiados pelo objetivo de proteger os cidadãos dos seus Estados e outras pessoas em seu território nacional contra as ações do crime organizado transnacional e outras modalidades criminosas;

Convencidos da importância da cooperação internacional na prevenção e repressão da violência e da criminalidade;

Desejosos de ampliar a eficácia da cooperação operacional, científica e técnica entre suas instituições encarregadas da segurança pública;

Guiados pelos princípios da igualdade de direitos, da reciprocidade e do benefício mútuo;

Respeitosos dos instrumentos internacionais em vigor, a saber, a Convenção Única sobre Entorpecentes, de 30 de março de 1961; a Convenção sobre Substâncias Psicotrópicas de 1971; a Convenção contra o Tráfico Ilícito de Entorpecentes e Substâncias Psicotrópicas, de 20 de dezembro de 1988; a Convenção das Nações Unidas contra o Crime Organizado Transnacional (Convenção de Palermo), de 15 de novembro de 2000, e seus Protocolos Adicionais; e a Convenção das Nações Unidas contra a Corrupção (Convenção de Mérida), de 3 de outubro de 2003;

Acordam o seguinte:

Artigo 1

O objeto do presente Acordo consiste na melhoria da cooperação bilateral na área da segurança pública, especialmente no que se refere à execução de projetos técnicos e operacionais atinentes, assim como à área de combate à criminalidade.

Artigo 2

1. Objetivando a execução do presente Acordo, as Partes Contratantes designam como instituições executoras, no âmbito de suas respectivas áreas de competência, do lado brasileiro, o Ministério da Justiça, e, do lado alemão, o Ministério Federal do Interior *(Bundesministerium des Innern)*.

2. As Partes Contratantes notificarão pela via diplomática eventuais alterações de competências ou denominações das instituições executoras do presente Acordo.

Artigo 3

1. Na área referente a projetos, as Partes Contratantes aspiram a uma estreita cooperação técnica e operacional, com vistas à modernização das instituições brasileiras de segurança pública e ao combate à criminalidade.

2. As modalidades de execução de projetos serão definidas pelas Partes Contratantes por meio de acordos específicos ou ajustes complementares, negociados pela via diplomática.

Artigo 4

1. No âmbito da prevenção e do combate a crimes transnacionais, as Partes Contratantes cooperarão em conformidade com seu respectivo direito interno, propondo-se especialmente a:

i. trocar informações sobre tais crimes, grupos criminosos, suas estruturas, vínculos, funcionamento, métodos de atuação, circunstâncias dos crimes perpetrados, assim como acerca das disposições legais infringidas e das medidas tomadas, conforme necessário para a prevenção e a repressão daqueles delitos;

ii. executar, a pedido de uma das Partes Contratantes e de acordo com o consentimento da Parte requerida, medidas de ordem policial previstas em seu ordenamento jurídico nacional;

iii. adotar medidas conjuntas para a prevenção e a repressão relacionadas ao consumo, à produção e tráfico ilícitos de entorpecentes e ao desvio de precursores químicos;

iv. intercambiar experiências relativas ao controle e à fiscalização do uso indevido de substâncias controladas, bem como à fabricação, transporte e comercialização de precursores químicos de entorpecentes;

v. estabelecer, quando necessário e conveniente, adidâncias policiais;

vi. disponibilizar, mutuamente, amostras de objetos e substâncias, oriundos de crimes, ou que foram utilizados ou possam ser utilizados para o seu cometimento;

vii. na medida do possível, enviar especialistas para fins de treinamento e de intercâmbio de conhecimentos profissionais sobre os meios, métodos e técnicas modernas de luta contra o crime organizado transnacional;

viii. trocar informações sobre resultados de pesquisas em matéria de criminalística e criminologia, bem como sobre práticas de inquérito, métodos e meios de prevenção e combate ao crime organizado transnacional;

ix. adotar medidas conjuntas para a prevenção e repressão relacionadas ao tráfico ilícito de armas, munições, acessórios e artefatos explosivos;

x. adotar medidas conjuntas para a prevenção e a repressão aos crimes contra os direitos humanos, principalmente no que diz respeito ao tráfico de seres humanos, tortura, racismo, trabalho escravo, pedofilia pela internet, prostituição infantil e turismo sexual.

2. O presente Acordo não afetará a execução de instrumentos bilaterais já existentes ou que venham a ser celebrados pelas Partes Contratantes, em matéria de extradição e prestação de assistência jurídica mútua.

3. A implementação do presente Acordo nessa matéria poderá ser feita por meio de Ajustes Complementares negociados pela via diplomática.

Artigo 5

Quando necessário, as Partes Contratantes realizarão consultas para avaliar a execução do presente Acordo. As consultas serão propostas pelos canais diplomáticos e servirão para elaborar programas e agendas de trabalho, identificar eventuais dificuldades para o bom andamento da cooperação e examinar a conveniência da complementação ou modificação do Acordo. Para tanto, as Partes Contratantes poderão instituir grupos de trabalho.

Artigo 6

1. Se uma das Partes Contratantes, ao receber solicitação formulada no âmbito do presente Acordo, considerar que sua aceitação poderá atentar contra a segurança, a ordem pública ou outros interesses essenciais do país, poderá recusar, integral ou parcialmente, o cumprimento do requerimento, ou vinculá-lo a condições ou pré-requisitos.

2. Na hipótese de recusa, os motivos serão comunicados por escrito pela Parte Requerida à Parte Requerente, respeitados os dispositivos das respectivas legislações nacionais.

Artigo 7

1. O presente Acordo não afetará o intercâmbio de dados pessoais.

2. Cada uma das Partes Contratantes garantirá à outra o tratamento confidencial das informações assim consideradas pela outra Parte, conforme as disposições do ordenamento jurídico interno dessa última.

3. As amostras e informações técnicas transmitidas por uma Parte Contratante à outra não poderão ser repassadas a um terceiro país sem a concordância da Parte Contratante que as forneceu.

Artigo 8

1. A cooperação no âmbito do presente Acordo efetuar-se-á nos idiomas alemão, português ou inglês.

2. Pedidos de informações ou requerimentos para a execução de medidas, baseados no presente Acordo, serão transmitidos na forma escrita diretamente pelos órgãos competentes referidos no Artigo 2. Em casos urgentes, o requerimento poderá igualmente ser transmitido verbalmente, devendo, no entanto, ser confirmado por escrito logo em seguida.

3. O lado requerido arcará com os custos referentes ao cumprimento de um requerimento, excetuando-se os custos de viagem para representantes do lado requerente.

Artigo 9

O presente Acordo não afetará os direitos ou obrigações decorrentes de instrumentos bilaterais ou multilaterais celebrados pelas Partes Contratantes.

Artigo 10

1. O presente Acordo entrará em vigor 30 (trinta) dias após o dia em que as Partes Contratantes terão notificado, por via diplomática, o cumprimento dos requisitos internos necessários para sua vigência. Sera considerado o dia da recepção da última notificação.

2. O presente Acordo terá vigência indeterminada, podendo ser denunciado por qualquer uma das Partes Contratantes mediante notificação por via diplomática. A denúncia terá efeito três meses após o recebimento da notificação correspondente pela outra Parte Contratante.

Feito em Brasília, em 6 de novembro de 2008, em dois originais, nos idiomas português e alemão, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

PELO GOVERNO DA REPÚBLICA FEDERATIVA DO BRASIL

Tarso Genro
Ministro da Justiça

PELO GOVERNO D'A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA

Prot von Kunow
Embaixador